



Vonlanthen Rudolf, Fasel Josef

Standesinitiative – Verstärkte Massnahmen zur Integration anerkannter Flüchtlinge und Deradikalisierung als Betrag zur inneren Sicherheit

Mitunterzeichner : 0

Eingang SGR : 08.09.16

Weitergeleitet SR : *15.09.16

Begehren und Begründung

Leider wird die Flüchtlingsthematik noch längere Zeit die Gemeinden, Kantone und den Bund beschäftigen. Menschen aus den Kriegsgebieten werden längere Zeit oder für immer bei uns bleiben. Gewaltakte haben vor allem diesen Sommer Europa erschüttert. Intensive und professionelle Integration ist somit keine Option, sondern eine dringende Notwendigkeit, denn sie fördert die innere Sicherheit und vermindert langfristig die Ausgaben in der Sozialhilfe. Mit dieser Standesinitiative fordern wir den Bund auf, zu handeln.

Zurzeit ist die Integration von Menschen mit Flüchtlingsstatus nur mangelhaft erreicht worden. Über 75% der Flüchtlinge, welche länger als 5 Jahre in der Schweiz sind, beziehen Sozialhilfe. Zusätzlich besteht die Gefahr der Bildung einer kleiner aber extremistischen Parallelkultur. Das jetzige System schafft falsche Anreize. Der Bund bezahlt die Arbeit der Kantone und Gemeinden mit Kopfpauschalen, welche nur das Notwendigste decken. Vielerorts wird die Integrationsarbeit an private Sozialfirmen übertragen, welche ihre Arbeit mit unterschiedlicher Qualität nach unklaren Vorgaben leisten. Kantone und Gemeinden sparen kurzfristig, indem sie nur für das Notwendigste wie Unterbringung und rudimentäre Sprachkurse sorgen. Dieses kurzfristige Sparen rächt sich, wenn nach 5 bzw. 7 Jahren die Bundesbeiträge wegfallen und die Gemeinden die Zahlung übernehmen müssen. Für eine Integration ist es dann meist zu spät. Ausserdem bestehen für die Integration keine nationale Vorgaben oder klare Richtlinien.

Das Absinken in die Arbeitslosigkeit und in die Armut öffnet vor allem junge Menschen für extremistische Strömungen. Die Versuchung ist dann gross, dass sie Sympathisanten des IS werden. Deshalb müssen die Integrationsbemühungen vom Bund stärker vorangetrieben, koordiniert und entsprechend vergütet werden. Asylsuchende und Flüchtlinge, die in die Schweiz kommen und ein Bleiberecht erhalten, sollen deutlich stärker in die Pflicht genommen werden. Sie sollen einen Beitrag an ihre Integration leisten.

Deshalb soll bei den eidgenössischen Räten, gestützt auf Art. 160 Abs.1 BV eine Standesinitiative des Kantons Freiburg eingereicht werden, die für anerkannte Flüchtlinge verlangt:

- > dass der Bund klare Vorgaben zu den Integrationsbemühungen von Flüchtlingen in die Arbeitswelt macht und diese auch bezahlt. Dabei ist die Vernetzung mit der Privatwirtschaft unverzichtbar;
- > dass er Vorgaben für eine Integrationsvereinbarung macht, welche auch ein Bekenntnis zu unserer Rechtsordnung, zu unseren Werten wie Gleichberechtigung der Geschlechter, sowie Kenntnis der hier vorherrschenden christlichen Religion beinhaltet;
- > dass Flüchtlinge routinemässig auch im psychischen Bereich diagnostiziert und entsprechend behandelt werden;
- > dass eine nationale Hotline zum Umgang mit extremen Einflüssen wie jene der Salafisten oder IS für Jugendliche, Eltern und Lehrpersonen u.a. geschaffen wird. Flächendeckend soll

*Beginn der Frist für die Antwort des Staatsrats (5 Monate).

Beratung und Deradikalisierung bereitstehen, wie dies z.B. in Deutschland der Fall ist. Ausserdem sollen Imane, welche aus dem Ausland einreisen, einer speziellen Integrationsvereinbarung unterzogen werden, tragen sie doch als Autoritätspersonen eine besondere Verantwortung;

- > dass die Bemühungen der Kantone national vernetzt werden;
- > dass der Bund die Beiträge zur Begleitung unbegleiteter Jugendlicher so erhöht, dass sie kostendeckend sind;
- > und schlussendlich dass unsere Sicherheit erhöht wird, indem der Bund alles unternimmt, damit abgewiesene Migranten rasch und unverzüglich die Schweiz verlassen. Denn laut Statistiken tauchen die abgewiesenen Migranten der Bundeszentren teils bis zu 90% unter oder kommen überhaupt nie an.

Wir fordern den Staatsrat, auf diese Standesinitiative einzureichen, damit der Bund seine Spielregeln für die Flüchtlinge sofort ändert, bevor es zu spät ist. Herzlichen Dank.
